

Zuweisungsquote in Bonn übererfüllt:

## Kosten für Flüchtlingsunterbringung explodieren

Seit Jahren kritisiert der **BBB**, dass OB Katja Dörner (Grüne) nichts gegen die überhöhte Zuweisung von Flüchtlingen nach Bonn unternommen hat und weiter unternimmt. Die gesetzliche Zuweisungsquote nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz war in den Jahren 2023 und 2024 und ist auch im laufenden Jahr durchgängig mit 15-20 % übererfüllt, wie die Fraktion von der Verwaltung erfuhr. Zum 18.07. lag sie in Bonn bei 122,55%, in Münster z.B. nur bei 98 %. Das hat auch Auswirkungen auf die Folgekosten für den städtischen Haushalt. So blieben in 2023 und 2024 bei Aufwendungen in Höhe von 147,6 Mio. Euro nach Abzug aller Erträge, überwiegend Zuweisungen des Landes, unter dem Strich 58,3 Mio. Euro für Unterbringung und Versorgung übrig, für die die Stadt mit eigenen Mitteln aufkommen musste. 1.187 Flüchtlinge mehr als vorgeschrieben versorgt die Stadt Bonn aktuell. Dabei fallen nicht nur Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, sondern auch für die Betreuung ihrer Kinder in Kitas, Schulen und Sportstätten an. Wäre der Erfüllungsgrad schon 2023 und 2024 von OB Dörner und der grün-roten Ratsmehrheit auf 100% gesenkt worden, hätte Bonn 8,3 Mio. EUR einsparen können, Geld das dringend für Schul- und Sportstättenanierungen gebraucht wird. Der **BBB** fordert daher, die Erfüllungsquote schnellstmöglich auf 100 % zurückzuführen und sich vehementer für eine volle Kostenerstattung einzusetzen. Andernfalls kann die Stadt einen gerechten Ausgleich nur über eine entsprechende Begrenzung der UnterkunftsKapazitäten erreichen, was in anderen Kommunen, auch denen des Rhein-Sieg-Kreises, bereits gängige Praxis ist.

Haushalt der Bundesstadt Bonn 2025/2026

## Tricksen, Täuschen, Tarnen statt Realität

Mit einer geordneten Haushaltsführung, die alle anfallenden Erträge / Einzahlungen und entstehenden Aufwendungen / Auszahlungen beziffern soll (§ 79 GO NRW), hat die Haushaltsplanung bis 2029 von OB Dörner und Kämmerer Michael Fark (beide Grüne) aus Sicht des **BBB** nichts zu tun.

So hat der Rat unmittelbar nach der Genehmigung des Etats auf Vorschlag der OB ein freiwilliges, 6 Millionen Euro schweres Förderprogramm zur Sanierung privater Altbauten aus städtischen Haushaltsmitteln beschlossen und damit gegen Auflagen der Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidenten verstoßen. Danach ist die Stadt angehalten, Ausgaben auf rechtlich und zeitlich notwendige Maßnahmen zu beschränken. Obwohl eine Mehrheit des Stadtrats den Ausstieg aus dem Projekt „Neues Quartier Bundesviertel“ (ehem. Landesbehördenhaus) beschlossen hat, haben Grüne, SPD und Linke zugestimmt, dafür trotzdem knapp 46 Mio. Euro in den Haushalt 2025/26 einzustellen. Notwendige Mittel für die 2027 beginnende Sanierung des Stadthauses (Stand heute: 465 Mio. Euro) sucht man in den Haushaltsjahren 2027 - 2029 hingegen vergebens. Und die angeblichen Einsparungen bei den Personalkosten von 4,2 Mio. Euro jährlich in 2025 und 2026 werden sich als grün-rote Luftbuchung erweisen.

Cassius-Bastei:

## Endlich läuft die Rolltreppe wieder Richtung Poststraße



Kaum zu glauben, aber wahr. Die Rolltreppe, die von der Bonner Bahnhofspassage in die Cassius Bastei führt und seit April 2023 stillstand, ist ausgetauscht und in Betrieb. Damit findet das Trauerspiel ein Ende: Dem Antrag des **BBB**, die defekten Rolltreppenanlage in der Cassius-Bastei instand zu setzen oder zu erneuern, folgte der Hauptausschuss zwar in seiner Sitzung am 6. Juni 2023, danach jedoch geschah nichts. Fußgänger haben eben für OB Dörner (Grüne) im Gegensatz zu Radfahrern keinen Stellenwert.

**BBB** fordert für Friedrichstraße:

## Schluss mit Radverkehr



Nachdem auf der Oxfordstraße die Umweltpuren markiert und der Auto-Verkehr dafür um eine Fahrspur reduziert worden ist, fordert der **BBB** eine Sperrung der Friedrichstraße für Radfahrer. Jetzt besteht nämlich keine Notwendigkeit mehr, Radfahren in der wenige Meter parallel zur Oxfordstraße verlaufenden Fußgängerzone Friedrichstraße zuzulassen. Stattdessen sollten Radfahrer auch die für sie eigens eingerichteten neuen Fahrspuren nutzen. Für Fußgänger, die in der Friedrichstraße mit ihren Kindern entspannt bummeln wollen, würden sich damit die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl deutlich erhöhen. Immer wieder klagen sie über Radfahrer, die nicht im vorgeschriebenen Schrittempo sondern mit hoher Geschwindigkeit im Zickzack-Kurs um die Fußgänger kurven. Insbesondere ältere Fußgänger fühlen sich daher wegen des Radverkehrs dort unsicher.

Das sieht der **BBB** genauso:

## Mehr Schutz für Fußgänger in Bonn

"Als Fußgängerin fühle ich mich in Bonn zunehmend unwohl. Der Aktionismus der grünen Machthaber hilft mir nicht weiter. Ich wurde noch nie von parkenden Autos behindert. In der Fußgängerzone und auf Gehwegen werde ich aber immer wieder von Radfahrern belästigt. Es sollte in Bonn geschützte Räume geben, in denen sich Fußgänger frei bewegen können, was spielende Kinder und nicht mehr ganz so fitte Senioren einschließt. In den geschützten Bereichen sollte Radfahren komplett verboten sein, schließlich kann man auch absteigen und schieben. Die gesamte Fußgängerzone und jeder Gehweg, selbstverständlich auch in der Rheinaue, sollte eine solche Schutzzone für Fußgänger sein."

Katharina Baum, Bonn, in ihrem Leserbrief im Bonner General Anzeiger



## An alle Bonner Haushalte

# RATS-REPORT 01/25

# BBB

**BBB** fordert für Stadtverwaltung:

## Schluss mit der Gendersprache!

Wortungetüme wie „Expert\*innen“, „Kolleg\*innen“ und „Fahrzeughaltende Person“ statt Fahrzeughalter will die **BBB**-Stadtratsfraktion nicht mehr in städtischen Publikationen lesen müssen. Traditionell gilt im Deutschen das generische Maskulinum in der Grammatik und in offiziellen Texten als sprachliche Norm.

Der **BBB** fordert, dass die Bonner Stadtverwaltung diese Regeln wieder einhält und die von OB Katja Dörner (Grüne) in der Stadtverwaltung eingeführten Sonderzeichen künftig nicht mehr verwendet werden dürfen. Ähnliche Regelungen gibt es bereits in einigen Bundesländern: 2024 untersagte zum Beispiel Baden-Württemberg den Gebrauch der Gender-Zeichen im Schriftverkehr der Landesbehörden. Das baden-württembergische Innenministerium begründete das Verbot damit, dass sich der amtliche Schriftverkehr an der Amtssprache orientieren müsse. Sonderzeichen seien indes nicht mit den Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung vereinbar. Das sieht die **BBB**-Fraktion genauso und verlangt eine einheitliche und nachvollziehbare Kommunikation auch in der Bonner Stadtverwaltung.

Änderung des Wahlrechts war verfassungswidrig:

## NRW-Verfassungsgericht sagt Stopp!



Verfassungswidrig war die in seltener Einmütigkeit von CDU, SPD

und Grünen beschlossene Änderung des Wahlrechts für die Kommunalwahl 2025. Damit wollten die drei bei der Berechnung der Sitze in den Räten und Kreistagen Wählergruppen und kleine Parteien zu ihren Gunsten systematisch und massiv benachteiligen. Erfunden hatte dieses neue Zählverfahren der grüne Landtagsabgeordnete Simon Rock. Bei einer Anwendung seines neuen Verfahrens bei der Wahl 2020 hätten die CDU landesweit 184 und die Grünen 51 Sitze mehr, die Wählergemeinschaften dagegen 131 Sitze weniger gewonnen. Der Verfassungsgerichtshof verwarf das Gesetz als verfassungswidrig, weil es die Chancengleichheit der kleineren Parteien und Gruppen verletzte, und der Landtag musste das alte Wahlgesetz wieder in Kraft setzen.

Alle Jahre wieder:

## Rhein-Sieg-Kreis sahnt ab

Eine Bombeninvestition hat der Rhein-Sieg-Kreis mit den 112 Mio. Euro gemacht, die er vor Jahren als Kapitaleinlage in die Bonner Stadtwerke eingebracht hat. Mit diesem Deal erzielte er dafür erneut 11,317 Mio. Euro aus dem ausgeschütteten Gewinn des Jahres 2024. Das entspricht einer Dividende von 10,1 %. Zu diesen Konditionen würde auch Donald Trump sicher gern in Bonns Stadtwerke einsteigen.

Ergebnis der Grün-roten Verkehrswende:

## Mehr Staus und Abgase in Bonn



140.000 Personen pendeln jeden Tag zur Arbeit in die Bundesstadt. Die hohe Zahl an Autofahrern unter ihnen hat bei Staus deutlich mehr Zeit verloren, als in der Vergangenheit. Denn Staus sind in Bonn im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr erheblich zahlreicher geworden und die Zeit, die dadurch Autofahrern verloren gegangen ist, stieg um 15 %. Eine relativ schwache Straßeninfrastruktur und die im Kern autofeindliche Politik der grün-roten Mehrheit im Stadtrat führen aus Sicht des **BBB** zu immer mehr Staus und Abgasen in Bonn. Denn die Fahrt von den Außenbereichen zur Innenstadt wird Autofahrern systematisch erschwert und verlängert:

- Bereits Anfang 2022 wurde von den Anti-Auto-Ideologen im Bonner Rathaus der Cityring gekappt. Konsequenz sind riesige Umwege, um aus Süden die zentral gelegenen Garagen am Friedensplatz und Münsterplatz zu erreichen und von dort wieder zurück Richtung Wohnsitz zu gelangen.
- Es folgten Umweltpuren auf den Straßen Am Alten Friedhof und Oxfordstraße, die seit Herbst 2022 eingerichtet sind, mit denen die Fahrspuren für Fahrzeuge und die Leistungsfähigkeit der Ampelkreuzungen halbiert und die Länge der Staus dort verdoppelt wurden.
- Weiter wurden auch auf dem Hermann-Wandersleb-Ring Spuren, die Bussen und Radfahrern vorbehalten sind, eingeführt. Auch hier stöhnen Autofahrer auf ihrem Weg in die Bonner Innenstadt im Stau vor den Ampeln, während kaum Radfahrer auf den für sie reservierten Spuren gesichtet werden.
- Nach der Kappung des Cityrings fasste die Ratsmehrheit weitere Beschlüsse zur Vertreibung des Autoverkehrs vom innenstadtnahen Rheinufer. Es fielen 150 Parkplätze zwischen Zweiter Fährstraße und Rheingasse weg und es wurde eine Fahrradstraße eingeführt. Damit ist die Umfahrung des Engpasses Koblenzer Tor / Suttnerplatz am Rheinufer entlang Richtung Norden für Autos nicht mehr möglich und der Stau am Suttner-Platz verlängert worden.
- Das letzte größere Anti-Auto-Projekt war die Umwandlung der äußeren Fahrbahnen der Adenauerallee zwischen Hofgarten und Bundeskanzlerplatz in Radspuren. Es blieb auch hier nur noch eine Spur pro Fahrtrichtung für Autos übrig, obwohl sichere Radwegverbindungen nebenan über die Kaiserstraße und jetzt zusätzlich am Rheinufer existieren.

Wenn die Kölnstraße nach den grün-roten Plänen auf zwei Spuren verschmälert wird, sind alle Zufahrten zur Innenstadt aus allen Richtungen halbiert. Und damit auch ihre Leistungsfähigkeit. Der **BBB** lehnt diese Eingriffe entschieden ab. Denn sie führen zu immer mehr Staus und Abgasbelastungen, was die angeblichen Umweltschützer im Rathaus tatsächlich einen Dreck interessiert. Der **BBB** wird diese Maßnahmen wieder rückgängig machen, sobald sich die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat ändern, damit der Verkehr in Bonn wieder zügig fließen kann.

**BBB**-Fraktion im Rat der Stadt Bonn · Altes Rathaus, Markt 2 · 53111 Bonn

Telefon 0228/77 54 45 · Fax 0228/77 54 47 · www.bbb-im-rat.de v.i.S.d.P.: BBB-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Hinweis zum Datenschutz: Diesen Newsletter können Sie, sofern personalisiert zugestellt, jederzeit per Mail unter [bbb.fraktion@bonn.de](mailto:bbb.fraktion@bonn.de) abbestellen. Ihre personenbezogenen Daten werden dann gelöscht. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie unter <https://bbb-im-rat.de/datenschutz.html>

BBB kritisiert bei der Beethovenhalle:

### Hier wurde an der falschen Stelle gespart



Während die Gesamtkosten für die Sanierung der Beethovenhalle auf mehr als 221 Mio. Euro nur so explodiert sind, wird bei den zahlenden Besuchern in Zukunft kleinkariert gespart: Ihnen wird in den Toilettenräumen das warme Wasser zum Händewaschen gestrichen, um die Energiekosten zu reduzieren. Offenbar fiel die Warm-Wasser-Versorgung nicht unter den sonst kleinlich eingehaltenen Denkmalschutz wie selbst die kleinsten zu erhaltenen Schraubchen. Für den BBB hat jetzt Dank des grünen Regiments in Bonn Schilda Einzug gehalten.

Dazu zählt auch, dass nach der Luxus-Sanierung die Empore der Beethovenhalle weiter nicht barrierefrei erreicht werden kann. Sie wird für ältere und in der Mobilität eingeschränkte Besucher gar nicht oder nur mühsam über Treppen zugänglich sein. Hier hätte ein Aufzug Abhilfe schaffen können. Fünf davon sind hinter der Bühne neu installiert worden. Aber für die Barrierefreiheit der Halle für die zahlenden Besucher hatte man kein Geld mehr.

Die Kosten für das Lieblingskind der Bonner Grünen sind nur so explodiert:

Datum	Drucksache	Baukosten
15.04.2015	1511323	56,3 Mio. Euro
02.05.2019	1911188ST2	117,4 Mio. Euro
08.11.2022	222334	221,6 Mio. Euro

Gegen Votum des BBB:

### Parkplätze in großem Stil beseitigt

Auf Vorschlag (Beschlussvorlage DS 230281) von Oberbürgermeisterin Katja Dörner (B90/Grüne) hat die von den Grünen angeführte Ratsmehrheit eine erhebliche Reduzierung der Stellplätze vor der Beethovenhalle beschlossen. Alleine auf dem Parkplatz vor der Halle fallen von 188 bestehenden 131 Parkstände weg. Weitere 11 Kfz-Plätze werden entlang der Theaterstraße Fahrrad-Abstellanlagen weichen müssen. Ein Ausweichen in die Umgebung der Beethovenhalle ist auch nicht mehr möglich, denn nach den ebenfalls beschlossenen Plänen der OB wurden oder werden am Stiftsplatz 70, entlang der künftigen Fahrradstraße Rosental 62, am Rheinufer vor der Beethovenhalle 40 und entlang der Welschnonnenstraße 13 Parkmöglichkeiten gestrichen. Das Beethoven-Parkhaus bietet auch kaum Alternativen. Denn dort sind wegen der Beseitigung von Stellplätzen in der Umgebung die Einnahmen von Dauerparkern von 8.500 Euro in 2023 auf 335.500 Euro im Jahr 2024 gestiegen. Die BBB-Fraktion stimmte gegen die Vorlagen von OB Dörner, da die Erreichbarkeit der Beethovenhalle insbesondere für ältere, auf ihr Auto angewiesene Besucher drastisch erschwert worden ist.

### Bonn Spitzenreiter bei Wirtschaftsleistung

Im Jahr 2022 ist die Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) in fast allen nordrhein-westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten gestiegen. Für NRW errechnete das Statistische Landesamt einen durchschnittlichen Wert von 81.605 Euro je erwerbstätige Person (+4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Für die Stadt Bonn ergaben die Berechnungen des Statistischen Landesamtes mit 104.469 Euro je erwerbstätige Person erstmals den höchsten Wert aller Kreise und kreisfreien Städte des Landes (+5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Erst auf den weiteren Plätzen folgten Düsseldorf mit 103.369 Euro (+4,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) und Leverkusen mit 101.533 Euro (-4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Die niedrigsten Werte ergaben sich für Hamm (69.405 Euro), Oberhausen (67.629 Euro) und Bottrop (66.707 Euro).

Gegen die Stimmen des BBB:

### Keine Bezahlkarte für Asylbewerber

Bonn wird keine Bezahlkarte für Bezieher von Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz einführen. Die grün-rote Ratsmehrheit votierte gegen die Bezahlkarte und schloss sich damit einer Empfehlung von OB Katja Dörner (Grüne) an. Die Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten beruht auf einem Beschluss von Ex-Kanzler Olaf Scholz (SPD) und den Regierungschefs der Länder aus dem Jahr 2023.

In NRW ist eine Umsetzung den Kommunen zur Entscheidung überlassen worden. Der BBB wollte mit Einführung dieser Karten in Bonn verhindern, dass ein Teil der Geldleistungen von den Asylbewerbern an ihre Angehörigen in die Heimat geschickt werden kann oder damit Schlepperbanden im Nachgang für ihre Dienste mit Steuerzahlergeld entlohnt werden könnten.

Der BBB traf mit seinem Antrag auf volle Unterstützung in der Bevölkerung. Denn eine aktuelle Umfrage ergab, dass es 75,8% eindeutig richtig finden, eine bundesweite Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen, die Bargeldauszahlungen ersetzt und einschränkt, wofür das Geld genutzt werden kann.

Ein skandalöser Beschluss des Stadtrats:

### Rat gegen Werbung für Bundeswehr



Zufahrt zur Hardthöhe

Auf Antrag der SPD hat die grün-rote Mehrheit des Stadtrats beschlossen, der Bundeswehr das Werben für den Dienst in den Streitkräften so schwer wie möglich zu machen. Der Rat beschloss gegen die Stimmen des BBB, dass Jugendliche, die mit Frau Dörners Stadtverwaltung Kontakt in Meldeangelegenheiten haben, von den Mitarbeitern aktiv darauf hingewiesen werden müssen, "dass sie der Weitergabe von Daten an die Bundeswehr widersprechen können".

Die Bundeswehr hat seit Beendigung der Wehrpflicht große Probleme, genügend Bewerber für den Wehrdienst zu gewinnen und die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik zu gewährleisten. Sie schreibt daher regelmäßig Jugendliche an und wirbt für den Dienst in den Streitkräften. Dass sich Bonns SPD aktiv gegen ihren Verteidigungsminister Boris Pistorius stellt, ist nicht erstaunlich. Denn in der Bonner SPD haben schon seit langem linke Jungsozialisten das Sagen.

Für den BBB ist die Bundeswehr dagegen unverzichtbar für die Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Landes. Und er begrüßt es, dass die Bundeswehr mit 3.400 Soldaten und ca. 3.500 zivilen Mitarbeitern samt ihren Familien in Bonn präsent ist.

Bonn ist Spitze:

### Beim Schröpfen der Anwohner



Bei der Umfrage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) nach der Höhe der Gebühren für einen Anwohnerparkausweis war Bonns grün-roter Stadtrat mit seinem Beschluss, dafür 360 Euro zu verlangen, bundesweit einsame Spitze. Abgefragt hatte die DUH die Gebühren in allen deutschen Großstädten und den fünf größten Städten je Bundesland. Das ebenfalls grün-rot regierte Münster verlangte immerhin 260, die ebenfalls grün regierte Stadt Aachen dagegen nur 30 Euro für die Ausstellung dieser Erlaubnis und das ebenfalls gern zum Vergleich mit Bonn herangezogene Bielefeld lediglich 26 Euro. Die benachbarte Metropole Köln beschied sich mit 120 Euro und die Landeshauptstadt Düsseldorf mit 25 Euro. Schlusslicht bei der Jagd auf den Geldbeutel der Anwohner in Parkausweis-Zonen war die Bundeshauptstadt Berlin, die lediglich 10,20 Euro für einen Anwohnerparkausweis verlangte.

Bonn bleibt Spitze:

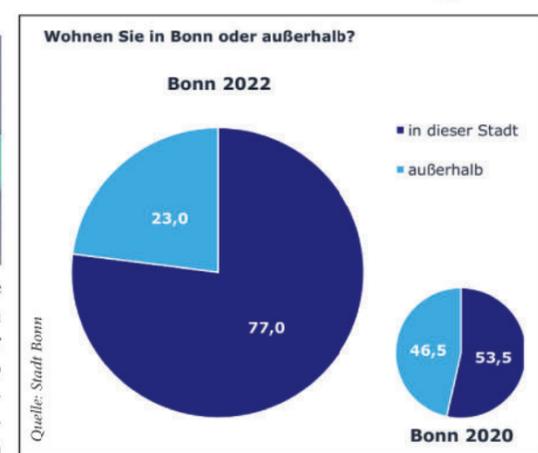
### Bei Stauzeiten und Staukosten



46 Stunden stand jeder Autofahrer in Bonn und der Region 2024 im Stau – und damit sechs Stunden mehr als im Vorjahr. Damit rückt die Bundesstadt auf den achten Platz der staureichsten Städte in Deutschland vor, wie das Mobilitätsanalyse-Unternehmen Inrix ermittelte. Inrix untersucht jährlich die weltweiten Verkehrszahlen. Als Datenquelle dienen anonymisierte Daten aus Navigationssystemen von Fahrzeugen, die bei tatsächlichen Fahrten erfasst werden. So misst man das Stadtgebiet wie auch Pendlerfahrten ins Stadtgebiet aus angrenzenden Städten. 2024 betrug in Bonn die Zunahme bei den Stauzeiten und damit bei der Verkehrsüberlastung 15%.

Nicht nur für den BBB trägt dafür die verfehlte Verkehrspolitik von OB Katja Dörner und ihrer grün-roten Ratsmehrheit die Verantwortung: Rückbau von Fahrspuren trotz zunehmender Verkehrsbelastung und Blockade aller Pläne zum Ausbau des Bonner Autobahnnetzes führen zwangsläufig zu mehr Staus und Umweltbelastungen. Deshalb fordert der BBB eine Wende der Auto-feindlichen Verkehrspolitik. Inrix errechnete anhand der Verkehrsteilnehmer und Stauzeiten auch, was die Verzögerungen den Einzelnen kosten. Pro Fahrer seien in Bonn 435 Euro verloren gegangen. Insgesamt beliefen sich die durch Staus verursachten Kosten in Bonn auf 51 Millionen Euro.

### Bonns Innenstadt verliert kaufkräftige Kunden



Dramatisch ist für die Bonner Innenstadt der Einbruch bei der Zahl auswärtiger Besucher. Sie hat sich binnen zwei Jahren von 46,5 % auf 23 % halbiert, so das Ergebnis der Studie "Vitale Innenstädte" des Instituts für Handelsforschung (IfH) mit Sitz in Köln. In Bonn wurden Ende 2022 1.005 Besucher der City u.a. zu ihren Wünschen und Anforderungen, zu ihrem Einkaufsverhalten aber auch der Erreichbarkeit der Stadt befragt. Für Bonn als Oberzentrum ist der Verlust auswärtiger Besucher besonders kritisch, da von dort Besucher kommen, deren durchschnittliches Einkommen höher als das der Bonner ist und deren Heimatgemeinden eine Art Speckgürtel um die Bundesstadt bilden. Ein ähnliches Ergebnis hatte auch eine aktuelle Forsa-Befragung im Auftrag von Bonner Generalanzeiger und Radio Rhein/Sieg ergeben.

### Auswärtige und Autofahrer lassen mehr Geld in Bonn

Zum Wohnort zeigte die IfH-Studie, dass auswärtige Besucher in Bonn größere Beträge im Einzelhandel ausgeben als die Bonner selbst. Gerade im Segment „Mehr als 200 Euro“ lag ihr Anteil rund drei Mal höher als bei Bonner Besuchern. Von außen anreisende Besucher fahren häufiger gezielt zum „großen Einkauf“ in ein Oberzentrum wie die Bonner Innenstadt. Bewohner der Stadt selbst sind vielleicht öfter in der City, geben dann aber pro Besuch weniger Geld aus. Bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Umsatz und Verkehrsmittelwahl zeigte sich, dass der Anteil von Nutzern des Autos bei den Ausgaben von 101 bis 200 Euro und bei mehr als 200 Euro je Einkauf deutlich über denen der Nutzer anderer Verkehrsmittel lag. Anders ausgedrückt: Pro Besuch geben Autofahrer höhere Geldbeträge aus als Nutzer des Umweltverbundes. Eine bessere Erreichbarkeit der Bonner City für Autofahrer ist daher für den BBB unverzichtbar.

### Bonns Umland hat mehr Euro im Portemonnaie

Auf der Liste der 53 Verwaltungsbezirke in NRW liegt Bonn beim verfügbaren Einkommen je Einwohner 2022 auf Platz 20, vier Plätze vor der Stadt Köln. 25.852 Euro hatten die Bonnerinnen und Bonner im Jahr 2022 durchschnittlich den Konsumieren und Sparen zur Verfügung - 1057 Euro mehr als im Vorjahr. Der Rhein-Sieg-Kreis schaffte es unter die Top Ten: Mit 27.167 Euro pro Kopf liegt er im NRW-Vergleich auf Platz 9. Mit 32.847 Euro weist Bad Honnef das höchste verfügbare Einkommen aller Städte und Gemeinden in der Region auf. Dahinter folgt die Gemeinde Wachtberg mit 31.295 Euro. Aber auch die Bewohner aller übrigen an Bonn angrenzenden Städte und Gemeinden verdienen durchschnittlich besser als die Bonner. Daher wäre ihr Verlust als Kunden in der Bonner-Innenstadt auf Dauer nur schwer zu verkraften.



So sieht man Bonn von draußen:

### Attraktivität Bonns nimmt ab

"Schon seit längerer Zeit stelle ich fest, dass für mich bei Fahrten nach Bonn das Auto unentbehrlich ist. Aufgrund der Unzuverlässigkeit, der Kosten und des Verhaltens vieler Fahrgäste ist der ÖPNV für mich keine Alternative mehr. Während der Corona-Zeit habe ich auch gelernt, dass Fahrten nach Bonn insgesamt für mich weitgehend entbehrlich sind. Grund dafür sind nicht nur Online-Shops, sondern die in dieser Zeit deutlich ausgeweiteten digitalen Angebote aus den Bereichen Kultur und Wissenschaft. Wenn also Bonn mich mit meinem Auto nicht haben möchte, kann ich auf Bonn gut verzichten. Die für die Verkehrspolitik Verantwortlichen, die anscheinend nur ihre Bonner Klientel im Blick haben, sollten sich allerdings auch nicht wundern, wenn die Belebung der Innenstadt nicht gelingt oder die Attraktivität Bonns als Einkaufs- und Erlebnisstadt für das Umland immer weiter abnimmt."

Dr. Werner Lehnen, Sankt Augustin, Leserbrief im Bonner General Anzeiger